### Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung	Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum				
öffentlich	Amt 51	S0108/19	28.03.2019				
zum/zur							
F0049/19							
Fraktion DIE LINKE / future! - Stadtrat Jannack							
Bezeichnung							
Anpassung der Kostenbeitragssatzung und weitere Umsetzung KiFöG							
Verteiler		Tag					
Der Oberbürgermeister	0	2.04.2019					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gegenwärtig findet das Anhörungsverfahren zu den zukünftigen Kita-Kostenbeiträgen statt. Innerhalb einer Frist von 11 Tagen sollen die Träger der Kinderbetreuung zu den zukünftigen Kostenbeiträgen Stellung nehmen. Dabei lagen 50 Prozent der Zeit in den Winterferien.

### Ich frage Sie:

### Zur Kostenbeitragssatzung:

- 1. Wie hoch ist der nach Altersgruppen differenzierte Finanzierungsbedarf eines in Anspruch genommenen Platzes?
- 2. Welches transparente und nachvollziehbare Verfahren liegt der Ermittlung zu Grunde?
- 3. Wurden die Freien Träger im Anhörungsverfahren über die Kalkulation informiert?
- 4. Kalkuliert die Landeshauptstadt Magdeburg einen Kostenbeitrag, der über dem jetzigen liegt?
- 5. Wird der Kostenbeitrag mit Zunahme der Stundenzahl (5 Stunden, 8 Stunden, 10 Stunden) prozentual stärker als beim jetzigen Kostenbeitrag ansteigen?
- 6. Warum wird im Anhörungsverfahren den Freien Trägern nur 11 Tage Zeit zur Stellungnahme gegeben?
- 7. Ist der Stadtelternbeirat im Anhörungsverfahren eingebunden?

### Zum Ganztagsanspruch:

- 8. Wie viele Kinder werden voraussichtlich ab dem 01.08. 2019 einen 8-Stunden-Anspruch haben? Wie verändert sich dadurch der Betreuungsumfang?
- 9. Wie wird das Jugendamt mit der Bedarfsanmeldung von 8 oder 10 Stunden Betreuungsumfang umgehen? Wie wird den Trägern empfohlen, Verträge zu gestalten? Wird ihnen empfohlen, Verträge unter Vorbehalt abzuschließen?
- 10. Ist geplant, diese Bedarfseinschätzung an den Freien Träger zu übertragen?
- 11. Wie werden Jugendhilfeausschuss, AG78 und Stadtelternbeirat in der Frage der Bedarfseinschätzung eingebunden?

### Zu Kitas mit besonderen Bedarfen:

12. Wie viel VZÄ wird Magdeburg bekommen?

- 13. Wie ist der Stand der Verfahrensregelung? Bis wann wird diese abgeschlossen sein?
- 14. Erfolgt die Verteilung der VZÄ anhand der Jugendhilfeplanung? Wie wird der Jugendhilfeausschuss hier eingebunden?

Dennis Jannack Stadtrat

Zu der F0049/19 Anpassung der Kostenbeitragssatzung und weitere Umsetzung KiFöG nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

### **Zur Kostenbeitragssatzung:**

## 1. Wie hoch ist der nach Altersgruppen differenzierte Finanzierungsbedarf eines in Anspruch genommenen Platzes?

Vergleich der nach Altersgruppen	Kinder unter 3 Jahre bis zum Beginn der Schulpflicht  Kinder unter 3 Jahre Kinder von 3 Jahre bis zum Beginn der Schulpflicht					Cabulliada	
differenzierte Finanzierungsbedarf	bis 5 Stunden* pro Tag	Kinder unter 3 Jahre über 5 bis 8 Stunden* pro Tag	über 8 bis 10 Stunden* pro Tag	bis 5 Stunden* pro	über 5 bis 8 Stunden* pro Tag	über 8 bis 10 Stunden* pro Tag	Schulkinder
Gesamtkosten** pro Kind im Monat	600,12 EUR	882,41 EUR	1.070,60 EUR	338,74 EUR	464,20 EUR	547,84 EUR	187,55 EUR
Gesamtkosten 2019*** pro Kind im Monat			1200,00 EUR***			640,00 EUR***	
Koastenbeitrag im Monat (aktuell)	112,00 EUR	169,00 EUR	207,00 EUR	69,00 EUR	99,00 EUR	120,00 EUR	55,00 EUR
Kostenbeitrag im Monat (aktuell) %- tualer Anteil an den Gesamtkosten pro Kind	18,66%	19,15%	19,33%	20,37%	21,33%	21,90%	29,33%

<sup>\*</sup> Betreuungsstunden

# 2. Welches transparente und nachvollziehbare Verfahren liegt der Ermittlung zu Grunde?

Die Darstellung zu 1.) erfolgte auf Grundlage der Endabrechnungen der freien Träger und kommunalen Tageseinrichtungen aus dem Jahr 2017.

### 3. Wurden die Freien Träger im Anhörungsverfahren über die Kalkulation informiert?

Nein. Gemäß § 13 Abs. 2 KiFöG LSA sind die freien Träger vor der Festlegung der Kostenbeiträge anzuhören. Eine Information zur Kalkulation der Kostenbeiträge sieht das Beteiligungsverfahren nicht vor.

# 4. Kalkuliert die Landeshauptstadt Magdeburg einen Kostenbeitrag, der über dem jetzigen liegt?

Eine Kalkulation erfolgte nicht, sondern ein Festlegungsmodell (das KiFöG LSA sieht keine konkrete %-tuale Höhe bei den KB der Eltern vor), welches die Kostenentwicklung im DK KiFöG einbezieht.

<sup>\*\*</sup> Durchschnittliche Kosten pro betreutes Kind in 2017 (auf der Basis der Endabrechnungen der Träger von Tageseinrichtungen - KK & KG und Horte)

<sup>\*\*\*</sup> Voraussichtliche Kosten pro betreutes Kind in 2019 in der Kategorie 10 Stunden.

Den Trägern wurde ein Vorschlag im Anhörungsverfahren vermittelt. Das Ergebnis der Anhörung fließt in die DS zur KB-Satzung Kita ein.

5. Wird der Kostenbeitrag mit Zunahme der Stundenzahl (5 Stunden, 8 Stunden, 10 Stunden) prozentual stärker als beim jetzigen Kostenbeitrag ansteigen?

Für die unterschiedlichen Stunden-Inanspruchnahmen ist der Kostenbeitrag zu staffeln.

6. Warum wird im Anhörungsverfahren den Freien Trägern nur 11 Tage Zeit zur Stellungnahme gegeben?

Für die Überarbeitung der Kostenbeitragssatzung hat die Verwaltung ein enges Zeitfenster, da die gesetzlichen Änderungen zum 01.08.2019 zu erfüllen sind.

### Beratungsfolge:

Abgabe OB-Büro	28.03.2019
OB-DB Vorlage und Behandlung	02.04.2019
Ausschuss für kommunale Rechts- u. Bürgerangelegenheiten	18.04.2019
Finanz u. Grundstücksausschuss	08.05.2019
Jugendhilfeausschuss	09.05.2019
Stadtratssitzung	16.05.2019

7. Ist der Stadtelternbeirat im Anhörungsverfahren eingebunden?

Ja, zeitgleich mit den freien Trägern

### **Zum Ganztagsanspruch:**

8. Wie viele Kinder werden voraussichtlich ab dem 01.08.2019 einen 8-Stunden-Anspruch haben? Wie verändert sich dadurch der Betreuungsumfang?

Siehe Frage 9

9. Wie wird das Jugendamt mit der Bedarfsanmeldung von 8 oder 10 Stunden Betreuungsumfang umgehen? Wie wird den Trägern empfohlen, Verträge zu gestalten? Wird ihnen empfohlen, Verträge unter Vorbehalt abzuschließen?

Das Jugendamt favorisiert derzeit einen eingeschränkten Betreuungsumfang.

Geprüft werden nur diejenigen, die mehr als 8 Stunden beanspruchen, aber aufgrund eines Erlasses oder einer Ermäßigung beim Kostenbeitrag dem Personenkreis SGB II, SGB XII, MD-Pass zuzuordnen sind. Nach Auswertung aktueller Kinderzahlen (Stand 12/2018, Kategorie 8 – 10h) sind ca. 1.152 Kinder (MD-Pass, SGB II u. SGB XII) erlassberechtigt.

#### 10. Ist geplant, diese Bedarfseinschätzung an den Freien Träger zu übertragen?

Gemäß § 3 Abs. 4 KiFöG LSA kann ausschließlich der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe entsprechende Nachweise von den Eltern verlangen, insofern ist eine Übertragung auf die freien Träger aufgrund des KiFöG LSA nicht möglich.

# 11. Wie werden Jugendhilfeausschuss, AG78 und Stadtelternbeirat in der Frage der Bedarfseinschätzung eingebunden?

Die AG 78 wird durch eine "Unterarbeitsgruppe" vertreten und mit der Verwaltung das Thema Umgang mit dem gesetzlichen "Ganztagsanspruch" prüfen.

### Zu Kitas mit besonderen Bedarfen:

### 12. Wie viel VZÄ wird Magdeburg bekommen?

Nach einer ersten Hochrechnung auf Grundlage der Kinderzahlen wird davon ausgegangen, dass der LH MD Mittel in Höhe von ca. 644.000,00 EUR im Jahr zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung der Mittel regelt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe in eigener Verantwortung. Die Verwaltung plant den Einsatz von Sozialarbeiter/-innen in Kitas mit besonderen Bedarfen.

Die Anzahl der VZÄ ist abhängig vom Grad der Qualifizierung, der Eingruppierung des Personals und vom Umfang der Arbeitsstunden.

### 13. Wie ist der Stand der Verfahrensregelung? Bis wann wird diese abgeschlossen sein?

Die Verwaltung arbeitet derzeit an einer Verfahrensregelung, insbesondere an einem möglichen Auswahlverfahren zur Ermittlung der Standorte "Kitas in besonderen Bedarfslagen". Anfragen der Verwaltung an das Landesverwaltungsamt zum vorliegenden Verordnungsentwurf sind derzeit noch unbeantwortet, so dass Detailfragen noch nicht geklärt werden konnten, insbesondere was die Mittelverwendung anbelangt.

# 14. Erfolgt die Verteilung der VZÄ anhand der Jugendhilfeplanung? Wie wird der Jugendhilfeausschuss hier eingebunden?

Für eine quantitative und qualitative Ermittlung der Standorte müssen Daten über die Infrastrukturplanung hinaus herangezogen werden. Die Verwaltung wird eine entsprechende Beschlussvorlage einbringen unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses sowie des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

**Borris**